

Beschlussbuch zur 37. Landesdelegiertenkonferenz

21.-23. Juni 2013, Groitzsch

LandesSchülerRat Sachsen

Antrags- nummer	Antragstitel	Antragssteller	KSR/SSR	Ergebnis
LA01	Offensive Zukunftsperspektive	Landesvorstand		Angenommen
A01	Nachschieben von Arbeiten, die durch Krankheit o.ä. versäumt wurden	Tom Otto	Chemnitz	Abgelehnt
A02	Eigenverantwortlichkeit der Schule stärken	Konrad Degen	Meißen	Angenommen
A03	Verbeamtung von Lehrkräften	Landesvorstand		Angenommen
A04	Oberstufenevaluation	SSR Dresden	Dresden	Angenommen
A05	Landesschülerrat Sachsen eine Jugendvertretung mit schulpolitischem Mandat	Konrad Degen	Meißen	Angenommen
A06	Förderung des bilingualen Unterrichts	Andreas Büttner Shari Bangsow	Bautzen Zwickau	Angenommen
A07	Abschaffen von Kopfnoten	Landesvorstand		Angenommen
A08	Lernmittelfreiheit	Lucy Demers	Bautzen	Angenommen
A09	Verbesserung der dualen Ausbildung	Konrad Degen	Meißen	Angenommen
A10	Anpassung der Lehrpläne BSZ (Teilzeit)	Tom Otto	Chemnitz	Angenommen
A11	Bundesweite Vergleichbarkeit garantieren	Landesvorstand		Angenommen
A12	Unterrichtszeit von Referendaren in der Sek. II begrenzen	Anna Korndörfer	Dresden	Abgelehnt
A13	Verstärkung der internationalen Beziehungen zu Schüler-/Jugendvertretungen	Konrad Degen	Meißen	Angenommen
A14	Zusammenarbeit Förderverein sächsischer Schülervertretungen e.V. und Landesschülerrat Sachsen	Landesvorstand		Angenommen
A15	Eine weitere Note im Sportunterricht	Markus Baldauf Maximilian Schmidt Philipp Hartewig Tim Börrnert Tom Otto Oliver Leistner Marie-Luise Bielor	Erzgebirge Leipzig Mittelsachsen Dresden Chemnitz Mittelsachsen Meißen	Angenommen
A16	Schulsozialarbeit	Inhaltsgruppe Schulsozialarbeit		Angenommen
A17	Religionsunterricht zeitgerecht gestalten!	Lucy Demers	Bautzen	Abgelehnt
A18	Politische Bildung durch die Bundeswehr in der Schule	Konrad Degen	Meißen	Angenommen
A19	Auflösen des Ausschusses „Lernmitteldatenbank“	Landesvorstand		Angenommen

A20	Auflösung des Ausschusses „Gemeinschaftsschule und Längeres Gemeinsames Lernen“	Landesvorstand		Angenommen
A21	Weiterentwicklung der Ganztagsangebote - offene Ganztagschule	Landesvorstand		Angenommen
A22	Integration der freien Schulen in die Schülervertretung	Konrad Degen	Meißen	Angenommen
A23	Leistungsorientierte Bezahlung von Lehrkräften	Konrad Degen	Meißen	Abgelehnt
A24	Einsatz von gemeinfreien Lernmitteln	Jonas Fischer	Chemnitz	Ausschuss Lernmittel-freiheit
A25	Deutsch-deutsche Geschichte im Unterricht	Lucy Demers	Bautzen	Angenommen
A26	Stipendien für Schüler	Konrad Degen	Meißen	Angenommen
A27	Feedbackkultur und Lehrerbewertung	Landesvorstand		Angenommen
A28	Fordern und Fördern – Sitzenbleiben beibehalten und die Förderung verbessern	Landesvorstand		Angenommen
A29	Einführung einer Lehrereinschätzung	Nick Graupner	SSOE	Angenommen
A30	Verpflichtende Weiterbildungen von Lehrkräften	Landesvorstand		Angenommen
A31	Verstärkte Medienbildung und Informatikunterricht	Konrad Degen	Meißen	Zurückgezogen

Offensive Zukunftsperspektive – Leitantrag der 37. Landesdelegiertenkonferenz des LandesSchülerRates Sachsen zum Thema Berufs- und Studienorientierung an sächsischen Schulen

Ist-Stand

Hauptziel der schulischen Ausbildung eines jeden Schülers ist es, durch die Vermittlung der notwendigen Fähigkeiten und des benötigten Wissens auf das spätere Berufsleben vorzubereiten. Berufs- und Studienorientierung ist ein wichtiger Bestandteil der Schulausbildung, da sie gezielt auf die Individualität der Schüler eingeht und mögliche Wege der späteren Berufslaufbahn anhand dieser individuellen Kompetenzen aufzeigt.

Momentan ist die Berufs- und Studienorientierung (BO/StO) an vielen sächsischen Schulen nur ein Randthema und stellt in den meisten Fällen keine kontinuierliche Begleitung des Schülers auf seinem Weg zur Berufs- und Studienwahlkompetenz dar. Es gibt große Unterschiede bei der Realisierung. Einige Schulen betreiben herausragende Projekte, andere Schulen bieten kaum Optionen.

Während an vielen Mittelschulen im Freistaat gute Projekte und Konzepte den Schülern die BO/StO erleichtern, gibt es besonders an den Gymnasien großen Nachholbedarf. Das führt vor allem bei Abgängern ohne Abitur zu großen Herausforderungen den richtigen Weg in der Berufslaufbahn einzuschlagen.

In den Städten ist das Angebot an außerschulischen Partnern in der Regel sehr hoch, wodurch feste Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen, Hochschulen oder sozialen Einrichtungen weniger stark vertreten sind. Im ländlichen Raum hingegen haben feste Kooperationen einen höheren Stellenwert. Der Wille zur Öffnung gegenüber außerschulischen Partnern ist trotz positiver Beispiele bei vielen Schulen nicht zu sehen.

Durch ein Überangebot an Informationen zum Thema BO/StO werden die Schüler und Lehrer belastet. Eine Koordinierung der Projekte und Maßnahmen ist nicht zu finden. Teilweise werden den Schülern gleiche Schwerpunkte und Inhalte durch unterschiedliche Anbieter vermittelt. Ein Qualitätsmanagement von Maßnahmen der BO/StO ist an den meisten Schulen und bei den Projekten nicht bzw. unzureichend vorhanden, deswegen gehen Angebote an den tatsächlichen Bedürfnissen der Schüler vorbei. Viele Projekte werden zudem durch den Europäischen Sozialfond (ESF) finanziert und sind somit nicht langfristig angelegt, es mangelt an festen Strukturen.

Derzeit verlassen jährlich 10% der sächsischen Schüler die Schule ohne einen Schulabschluss. Diese haben keine Chance auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt und finden sich perspektivlos im Teufelskreislauf des Sozialsicherungssystems wieder. Dies ist nicht nur volkswirtschaftlich gesehen sehr teuer, sondern für die Betroffenen ein schwerwiegendes Schicksal.

Forderungen

Das Thema BO/StO muss an den sächsischen Schulen mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Aus diesem Grund stellt der LandesSchülerRat Sachsen folgende Forderungen:

Bereich „Schule“

Ein Schüler, der mit der Schule abschließt, muss Zugänge zu Ausbildung, Studium und Beruf kennen, sich praxisorientiert mit der Arbeitswelt auseinander gesetzt haben, wissen, welche Fähigkeiten, Stärken und Interessen er besitzt, begründete Entscheidungen für seinen weiteren Bildungs- bzw. Arbeitsweg treffen können sowie berufliche Alternativen kennen (angelehnt an „Ziele und Qualitätsstandards des sächsischen Qualitätssiegels für Berufs- und Studienorientierung“).

Der LandesSchülerRat Sachsen fordert, dass alle weiterführenden sächsischen Schulen ein verpflichtendes BO/StO-Konzept entwickeln und anwenden müssen, welches auf die Individualität der Schule, ihres Umfeldes und ihrer Schülerschaft abgestimmt ist. Im Konzept sollen konkrete Maßnahmen festgeschrieben sein, welche sich auf die Kernziele der Klassenstufen im Bereich BO/StO und die jeweiligen Lehrpläne beziehen. Die BO/StO-Arbeit muss sich in den einzelnen Klassenstufen aufeinander aufbauen und sich immer wieder auf bisher Gelerntes beziehen. Das Konzept muss in allen Unterrichtsfächern im Rahmen der Möglichkeiten aufgegriffen und gut und transparent kommuniziert werden, damit es von Schülern nachvollzogen werden kann.

Zur Erarbeitung und zur permanenten Evaluierung sowie Fortentwicklung des BO/StO-Konzepts müssen vielfältige Akteure mitwirken. Wir fordern, dass ein ständiges BO/StO-Team an jeder Schule errichtet wird, welches aus den BO/StO-Lehrern, weiteren Fachlehrern, der Schulleitung, Schüler- und Elternvertretern sowie bei Bedarf Vertretern der regionalen Wirtschaft, der Arbeitsagentur, der sächsischen Bildungsagentur und weiteren Kooperationspartnern der Schule besteht. Die Aufgabe dieses Teams ist es, die BO/StO an den jeweiligen Schulen konzeptionell aufzubereiten und verschiedene Interessen und Erfahrungen in den Erarbeitungsprozess einzubringen.

Die BO/StO-Lehrer müssen weiter gestärkt werden. Sie tragen die Verantwortung für die Koordinierung der BO/StO-Arbeit an den einzelnen Schulen. Da ein hoher zeitlicher Aufwand und viel zusätzliche Arbeit mit dieser Aufgabe verbunden sind, fordern wir Anrechnungsstunden für BO/StO-Lehrer an den sächsischen Schulen. Das Engagement im BO/StO-Team der Schule muss auf Anfrage jedem Schüler im Zeugnis bescheinigt werden.

Ein stärkeres Engagement von Eltern und somit das Einbringen vieler Berufserfahrungen kann BO/StO realitätsnah und lebenspraktischer gestalten.

Eine bessere individuelle Förderung der einzelnen Schüler trägt zu einem besseren Lernerfolg bei und hilft bei der Realisierung von Berufs- und Studienwünschen. Konkret soll eine jährliche Reflektion der Stärken und Schwächen der Schüler stattfinden, individuelle Lernvereinbarungen und Lernabsprachen zum Erreichen des jeweiligen Traumberufs geschlossen werden sowie gezielter Förderunterricht für leistungsschwache Schüler und Drehtürmodelle zur Begabungsförderung flächendeckend angeboten werden.

Auch die Ganztagsangebote müssen gestärkt werden. Sie dienen der speziellen Förderung von Interessen und bringen außerdem Fachleute in unterschiedlichen Berufszweigen an die Schulen.

Der Berufswahlpass als Instrument der systematischen Begleitung der BO/StO muss eine regelmäßiger Anwendung im Unterricht finden. Vor- und Nachbereitungen von BO/StO-Maßnahmen sollten mit dem Berufswahlpass erfolgen.

Bereich „außerschulische Partner“

Die sächsischen Schulen müssen noch mehr mit der regionalen Wirtschaft zusammenarbeiten und kooperieren. In Zeiten von Fachkräftemangel und hohen Schulabbrecherquoten ist es sinnvoll durch solche Kooperationen Symbioseeffekte zu erzielen.

Auch die Zusammenarbeit der Schulen mit Berufsschulzentren, Hochschulen, Universitäten, der Arbeitsagentur, Kultureinrichtungen, sozialen Einrichtungen, der Sächsische Bildungsagentur und anderen außerschulischen Bildungspartnern muss stärker ausgeprägt werden, damit Bildungsübergänge fließend und problemlos gestaltet werden. Außerschulische Partner sollen nicht nur informieren, sondern auch konkrete und innovative Projekte anbieten.

Die neu entstandenen Koordinierungsstellen BO/StO der Landkreise und kreisfreien Städte müssen intensiv genutzt und gut in die BO/StO-Arbeit in den Regionen eingebunden werden. Sie sind die primären Ansprechpartner für Schulen in den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Die Arbeitskreise Schule-Wirtschaft, als Experten- und Vernetzungsgremium von Wirtschafts- und Schulvertretern, sollten intensiv genutzt werden.

Bereits vorhandenen Instrumente und Projekte der BO/StO, wie z.B. „Schau rein“ - Die Woche der offenen Unternehmen, BO/StO-Messen oder der Hochschultag sollten weiterhin in die BO/StO-Arbeit einbezogen werden.

Bereich „Praktika und Praxisnaher Unterricht“

Berufs- und Studienorientierung muss schon ab der 7. Klasse (Orientierungsphase) praxisnah umgesetzt werden. Mehr Schulpraktika im Laufe der Schullaufbahn sind dabei ein wichtiger Schritt die wirkliche Arbeits- und Berufswelt kennenzulernen und für den Schüler eine Möglichkeit sich selbst auszutesten.

Der LandesSchülerRat Sachsen fordert verpflichtende Praktika in den Klassenstufen 8, 9, 10 (Mittelschulen) bzw. 9, 10, 11 (Gymnasium). Das Praktikum an Gymnasien in Klasse 11 soll sich dabei vor allem im Bereich der Studienorientierung bewegen. Dazu müssen die sächsischen Hochschulen und Universitäten generell mehr Praktikumsplätze und Informationsveranstaltungen anbieten.

Bei Schulpraktika müssen Praktikumsvereinbarungen zwischen Schule und Einrichtungen abgeschlossen werden, welche zu vermittelnde Kompetenzen und Wissen genau definieren. Dadurch sollen reine „Alibi-Praktika“, wie einfache Büroarbeiten oder Kaffeekochen, verhindert werden.

Ein verstärkter praxisnaher Unterricht, Exkursionen und Unterrichtsbesuche können BO/StO erleichtern und dem Schüler besondere Einblicke in verschiedene Berufsrichtungen geben.

Lebenspraktische Unterrichtsinhalte, wie zum Beispiel das Erstellen einer Steuererklärung, das Lesen von Verträgen, das Kennenlernen von Tarifen und Informationen zur Finanzierung von Studium oder Ausbildung, müssen eine stärkere Rolle spielen, damit die Schüler in der Lage sind, sich eigenständig nach der Schule orientieren zu können.

Verpflichtende Lehrerpraktika und Weiterbildung der Lehrer in außerschulischen Einrichtungen müssen im Umfang von mindestens einer Woche im Jahr stattfinden.

Bereich „Schüler“

Auch den Schülern kommt große Verantwortung bei der BO/StO zu. Teil dieser Eigenverantwortlichkeit sind beispielsweise das Suchen und Recherchieren von Informationen und das Führen von Gesprächen im Bereich BO/StO .

Zusätzliche Praktika in der unterrichtsfreien Zeit sollten durch jeden Schüler angestrebt werden, um sich selbst weiterzubilden.

Bereich „Aufgaben der Landespolitik“

Die Landespolitik muss dringend neue Regelungen zur BO/StO treffen. Die landesweite Richtlinie für BO/StO muss durch das Kultusministerium überarbeitet werden. Sie umfasst Lehrplanbezüge, Kernziele und Qualitätskriterien der BO/StO. Dabei sollte sich an den Qualitätsstandards und Anforderungen des sächsischen Qualitätssiegels für Berufs- und Studienorientierung orientiert werden. Jede sächsische Schule sollte im Prinzip eine Schule mit Standard des Qualitätssiegels im Bereich der BO/StO sein.

Des Weiteren muss es eine bessere und verstärkte Zusammenarbeit von SMK, SMWA und SMWK geben.

Eine zentrale Koordinierung durch das Land ist nötig, zum Beispiel in Form einer Koordinierungsstelle.

Abschließend muss das Thema BO/StO im sächsischen Schulgesetz verankert werden.

Beschluss:

Ja: 53

Nein: 0

Enthaltung: 0

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A01</h1>	Antrag		
	Nachschreiben von Arbeiten, die durch Krankheit o.ä. versäumt wurden		
	Landkreis: Chemnitz	Antragsteller: Tom Otto	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 9	Dagegen: 19	Enthaltung: 25
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>dass durch Krankheit oder vergleichbare Dinge versäumte Arbeiten (LK, KA, Klausuren o.ä.) erst nach einer angemessenen Dauer der Anwesenheit des betroffenen Schülers nachgeschrieben werden dürfen. Eine angemessene Dauer (maximal eine Woche) der Anwesenheit ist nach der Dauer der Krankheit und Umfang des versäumten Stoffes zu bestimmen.</p> <p>► ausgenommen ist unentschuldigtes Fehlen</p> <p>Begründung:</p> <p>Der betroffene Schüler benötigt eine gewisse Zeit, um den versäumten Stoff nachzuholen.</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A02	Antrag Eigenverantwortlichkeit der Schule		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 46	Dagegen: 0	Enthaltung: 6
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich für eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen in Sachsen ein. Stärkung der Eigenverantwortlichkeit heißt nicht nur, mehr Kompetenzen und Entscheidungsfreiraum für Schulleitungen, sondern insbesondere für die Schulkonferenz.</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich dafür ein, dass Schulen eigene Konten bekommen, welche sie eigenverantwortlich bewirtschaften können. Gleichzeitig muss ein Rechenschaftsbericht vor der Schulkonferenz, dem Schulträger und dem Dienstherrn ablegt werden.</p> <p>Schulen sollen das Recht erhalten, bei der Lehrerversorgung mitzuentcheiden.</p> <p>Bei Neubesetzung der Schulleiterstelle muss die Schulkonferenz dem Bewerber zustimmen.</p> <p>Langfristig sollen immer mehr Kompetenzen direkt vor Ort in der Schule gesammelt werden.</p> <p>Der Mehraufwand in den Schulen soll durch die Einstellung von Verwaltungspersonal kompensiert werden. Neben dem Schulleiter, welcher für den pädagogischen Teil zuständig ist, wäre zum Beispiel ein Geschäftsführer denkbar.</p> <p>Hierbei kann sich an der effizienten Struktur, zahlreicher freien Schulen orientiert werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Probleme vor Ort lassen sich am besten vor Ort lösen. Die Beteiligten vor Ort sollen mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen. Ein Personalkörper von über 27000 Lehrern ist bei wechselnden politischen Ausrichtungen schwierig zu organisieren. Durch eine dezentrale Struktur, werden die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Regionen stärker sichtbar.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A03

Antrag

Verbeamtung von Lehrkräften

Antragsteller:
Landesvorstand

Abstimmungsergebnis

Dafür: 50

Dagegen: 2

Enthaltung: 2

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Beschlusstext:

Der Landesschülerrat Sachsen spricht sich gegen die Beamtung von Lehrkräften aus. Stattdessen kann man mit Höhergruppierung, Abminderungsstunden für Attraktivität im Lehrerberuf sorgen.

Begründung:

Verbeamtung kostet aufgrund von Pensionskosten langfristig viel mehr als ein Angestellter im öffentlichen Dienst. (ca. 400000 Euro). Verbeamtete Lehrer dürfen nicht streiken und dadurch ihre Interessen durchsetzen. Inkompetente Lehrer bekommt man noch schwerer weg, da Beamte im Staatsdienst unkündbar sind.

(weiteres mündlich)

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A04</h1>	Antrag		
	Oberstufenevaluation		
Antragsteller: SSR Dresden			
Abstimmungsergebnis	Dafür: 48	Dagegen: 0	Enthaltung: 3
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>dass in der SOGY und SOBGY verankert wird, dass jährlich eine Oberstufenevaluation stattfindet. Diese ist unter Schülern der 12. Klasse an allgemeinbildenden Gymnasien und der 13. Jahrgangsstufe an Berufsschulzentren durch das SMK zu erheben.</p> <p>Um ein Gelingen der Oberstufenreform vom 12. April 2007 auch langfristig zu gewährleisten, ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler regelmäßig nach ihrer Einschätzung befragt werden. Dies soll im Rahmen einer vergleichbaren Evaluation geschehen, um so besonders qualitative Merkmale sowie Schwachstellen offenzulegen und Entwicklungsprozesse zu beurteilen. Des Weiteren werden alle Sonderschulformen der staatlichen Schulen getrennt betrachtet.</p> <p>Begründung:</p> <p>Weitere Begründung erfolgt mündlich.</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A05	Antrag		
	Landesschülerrat Sachsen eine Jugendvertretung mit schulpolitischen Mandat		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 56	Dagegen: 0	Enthaltung: 0
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich dafür ein, dass er im Schulgesetz als eine Jugendvertretung mit schulpolitischen Mandat, welche die Interessen der sächsischen Schüler vertritt, bezeichnet wird. Schulpolitisches umfasst alle Themenbereiche, welche unmittelbar und indirekt etwas mit dem Innenleben der Schule, dem Schulsystem oder dem Schüler betreffen.</p> <p>Gleiches gilt auch für alle anderen Schülervertretungen in Sachsen.</p> <p>Des Weiteren soll der Landesschülerrat Sachsen sich dafür einsetzen, dass <i>das Reisekostengesetz der Angestellten und Beamten</i> des Freistaates konsequent angewandt wird.</p> <p>Begründung:</p> <p>Klare Festschreibung des Arbeitsradius des LSR. Keine Grauzonen/Spielraum. Rechtssicherheit wird erhöht. Stärkung des Landesschülerrat Sachsen.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A06	Antrag Förderung des bilingualen Unterrichts		
	Antragsteller: Andreas Büttner Shari Bangsow		Landkreis: Bautzen Zwickau
Abstimmungsergebnis	Dafür: 29	Dagegen: 4	Enthaltung: 20
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>dass er beim SMK für eine besondere Förderung des bilingualen Fachunterrichtes an Nicht-Sprachspezialschulen eintritt. Dabei soll der bilinguale Unterricht in Nebenfächern der Natur- und Sozialwissenschaften etabliert, d.h. besondere Lernbereiche, Wahlpflichtthemen Projektstunden in einer Fremdsprache gehalten werden. Zudem sollen die Kursteiler für die Einrichtung von bilingualen Kursen in Sek. 1 und Sek. 2 gesenkt werden, damit eine größere Sprachvielfalt und somit eine vortreffliche sprachliche Ausbildung in den sächsischen Schulen gewährleistet ist.</p> <p>Diese Regelung soll insbesondere auch Mittelschulen und Berufsschulzentren betreffen, da dort die Vielfalt an unterrichteten Fremdsprachen in Neigungskursen und unterrichtsergänzenden Angeboten keineswegs dem an Gymnasien angebotenen Umfang gleichkommt.</p> <p>Begründung:</p> <p>In der heutigen globalisierten Welt ist es für jeden Schüler notwendig, in Fremdsprachen - besonders in Englisch - eine hervorragende Ausbildung zu besitzen, um auf dem Arbeitsmarkt nicht chancenlos gegenüber Bewerbern mit besserer sprachlicher Ausbildung zu sein. In beinahe jedem zukunftssträchtigen Beruf ist es Voraussetzung, Englisch und andere Fremdsprachen tadellos zu beherrschen. Mit der bisherigen schulischen Ausbildung wird man diesen Anforderungen nicht gerecht. Insbesondere Fachtermini werden in Fremdsprachen meist nur dürftig behandelt, weshalb eine fächerbezogene bilinguale Ausbildung dringend notwendig ist.</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A07	Antrag		
	Abschaffen von Kopfnoten		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 36	Dagegen: 11	Enthaltung: 6
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich für das Abschaffen der Kopfnoten („Fleiß“, „Ordnung“, „Mitarbeit“, „Betragen“) ein. Kopfnoten sind Noten, welche die Persönlichkeit des Schülers bewerten. Diese werden derzeit in der Regel auf den Zeugnissen vermerkt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Kopfnoten sind pädagogisch völlig unsinnig. Sie berücksichtigen den Charakter, Persönlichkeit, familiäre Voraussetzungen und auch außerschulische Probleme der Schüler in keiner Weise. Diese Faktoren beeinflussen Lernverhalten, soziale Fähigkeiten, Arbeitsbereitschaft und- einatz sowie Verhalten im Kollektiv jedoch extrem stark. Zu diesen Punkten kann daher keine Einschätzung erfolgen, die sich in einer Zahl ausdrücken lässt ohne ein falsches Bild über die Persönlichkeit der Schüler zu vermitteln. Kopfnoten können durch Lehrer willkürlich vergeben werden. Ihr Zustandekommen lässt sich für Außenstehende kaum nachvollziehen. Es fällt extrem schwer, Einspruch wirksam geltend zu machen.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A08	Antrag		
	Lernmittelfreiheit		
	Landkreis: KSR Bautzen	Antragsteller: Lucy Demers	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 39	Dagegen: 6	Enthaltung: 8
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen möge einen Ausschuss zum Thema Lernmittelfreiheit bilden. Der Ausschuss möge eine Definition erstellen, was alles laut des Landeschülerrates unter die Lernmittelfreiheit fällt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Diskussion zur Lernmittelfreiheit wird immer aktueller, es laufen verschiedene Verfahren von Eltern und auch die politischen Akteure haben sehr unterschiedliche Konzepte. Um sich klar positionieren zu können ist es wichtig, dass der LSR eine klare Position zur Umsetzung der Lernmittelfreiheit hat und eine Art „Katalog“, welche Gegenstände (etc.) für ihn unter diesen Begriff fallen, erstellt. Es ist eine tiefere inhaltliche Auseinandersetzung in einem Ausschuss nötig.</p> <p>Weitere Begründung erfolgt mündlich.</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A09</h1>	Antrag		
	Verbesserung der dualen Ausbildung		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 51	Dagegen: 0	Enthaltung: 4
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen spricht sich für die Stärkung und Weiterentwicklung der dualen Ausbildung aus. Weiterentwicklung sehen wir insbesondere im schulischen Bereich der Ausbildung. Wir setzen uns für eine stärkere Leistungsdifferenzierung in den Ausbildungsklassen ein, welche die Schüler individueller fördert. Die hierfür benötigten Ressourcen müssen bereitgestellt werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>In Ausbildungsklassen sitzen teilweise Schüler mit unterschiedlichen Abschlüssen und Vorkenntnissen. Dies führt dazu, dass die einen sich langweilen und die anderen kaum mitkommen.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A10</h1>	Antrag		
	Anpassung der Lehrpläne BSZ (Teilzeit)		
	Landkreis: Chemnitz	Antragsteller: Tom Otto	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 31	Dagegen: 0	Enthaltung: 21
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich dafür ein, dass die Lehrpläne von Beruflichen Schulzentren (Teilzeit) dem jeweiligen Beruf angepasst werden. In diesem Rahmen sollte eine engere Zusammenarbeit mit den HWK und IHK erfolgen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Schulische Ausbildung vermittelt in den ersten Jahren bzw. in der kompletten Ausbildung nur geringfügig bis überhaupt nicht das Wissen, welches man für seinen späteren Beruf benötigt.</p> <p>Beispiele sowie Weiteres erfolgt ggf. mündlich.</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A11</h1>	Antrag		
	Bundesweite Vergleichbarkeit garantieren		
Antragsteller: Landesvorstand			
Abstimmungsergebnis	Dafür: 53	Dagegen: 0	Enthaltung: 2
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich für bundesweite Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse ein.</p> <p>Beschlusstext</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich langfristig für zentrale Prüfungen in Deutschland ein. Das heißt gleiche Aufgaben, gleiche Uhrzeit im gleichen Fach.</p> <p>Des Weiteren setzt sich der Landesschülerrat Sachsen für eine stärkere Zusammenarbeit der Bundesländer im Bildungsbereich ein. Vergleichbarkeit, Chancengleichheit und Mobilität gehen nur mit einheitlichen Bildungsstandards.</p> <p>Wir sprechen uns für eine Lockerung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern ein. Der Bund soll Schwerpunkte/Projekte im Bildungsbereich, insbesondere im Schulbereich finanzieren können.</p> <p>Die Auflösung des Bildungsföderalismus betrachten wir als ein langfristiges Ziel, schätzen sie jedoch nicht als kurzfristig realisierbar ein. Da die Strukturen über Jahrzehnte gewachsen sind und eine Umstellung zu massiven Konflikten führen würde, lässt die derzeitige politische Lage es nicht zu.</p> <p>Begründung:</p> <p>Gleiche Chancen für alle! Eine Erhöhung der Mobilität von Schülern ist erstrebenswert. Chancengerechtigkeit. Einheitliche Bildungsstandards führen zu Fairness.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A12	Antrag		
	Unterrichtszeit von Referendaren in der Sek II begrenzen		
	Landkreis: Dresden	Antragsteller: Anna Korndörfer	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 19	Dagegen: 25	Enthaltung: 8
Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:			
Beschlusstext:			
dass die von Referendarinnen und Referendaren zu unterrichtende Zeit in der Abschlussklasse bzw. der Oberstufe konsequent durch einen Fachlehrer begleitet wird.			
Begründung:			
Begründung erfolgt mündlich			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A13</h1>	Antrag		
	Verstärkung der internationalen Beziehungen zu Schüler-/Jugendvertretungen		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 51	Dagegen: 0	Enthaltung: 1
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen soll prüfen, inwieweit eine Zusammenarbeit mit länderübergreifenden Schüler- bzw. Jugendvertretungen möglich ist. In einem vereinten Europa wird der Austausch immer wichtiger. Hierbei soll besonders der Schwerpunkt auf Polen und Tschechien gelegt werden. Aber auch internationale Organisationen, wie OBESSU oder AER Youth Network spielen eine Bedeutung.</p> <p>Der Landesvorstand wird aufgefordert sich der Thematik anzunehmen und Netzwerke und Beziehungen, welche langfristig einen Mehrwert für die Schülervvertretung und die Schüler in Sachsen haben, zu knüpfen.</p> <p>Begründung:</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A14	Antrag		
	Zusammenarbeit Förderverein sächsischer Schülervertretungen e.V. und Landesschülerrat Sachsen		
	Antragsteller: Landesvorstand		
Abstimmungsergebnis	Dafür: 52	Dagegen: 0	Enthaltung: 0
Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:			
Beschlusstext:			
Der Landesschülerrat Sachsen erkennt den Förderverein Sächsischer Schülervertretungen e.V. („FSSV“) als offiziellen und unabhängigen Partner der Schülervertretungsarbeit an. Er pflegt einen regelmäßigen Austausch und eine gute Zusammenarbeit.			
Begründung:			
FSSV ist der Förderverein der sächsischen Schülervertretungen. Unterstützt die SV-Arbeit in Sachsen.			
(weiteres mündlich)			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A15</h1>	Antrag		
	Zusätzliche Note im Sportunterricht		
	Landkreis:	Antragsteller:	
	KSR Erzgebirge	Markus Baldauf	
	SSR Leipzig	Maximilian Karl Schmidt	
	KSR Mittelsachsen	Phillip Hartewig	
	SSR Dresden	Tim Börrnert	
	KSR Chemnitz	Tom Otto	
	KSR Mittelsachsen	Olliver Leistner	
	KSR Meißen	Marie-Luise Bielor	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 29	Dagegen: 15	Enthaltung: 6
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Im Sportunterricht soll pro Halbjahr eine zusätzliche Note für Motivation, Fairness und Leistungsbereitschaft gegeben werden, sofern diese zu einer Verbesserung der Gesamtnote führt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Mit dieser Note können im Sportunterricht schwache Schüler eine gute Note erhalten. Damit kann er seine Versetzung sichern.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A16</h1>	Antrag		
	Schulsozialarbeit		
Antragsteller: Inhaltsgruppe Schulsozialarbeit			
Abstimmungsergebnis	Dafür: 45	Dagegen: 0	Enthaltung: 0

Schulsozialarbeit

Das Kernanliegen von Schule ist es nicht nur, Schüler in einzelnen Fächern auszubilden, sondern sie auch zu verantwortungsbewussten Menschen heranzuziehen, die wissen, wie man fair miteinander umgeht und die sich in der Gemeinschaft gut zurecht finden. Die Schule ist auch ein Ort der Erziehung und der Unterstützung der Schülerinnen und Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Wichtig für das Lernklima eines jeden Schülers ist, dass auch das soziale Umfeld stimmt. In all diesen Punkten kann Schulsozialarbeit einen wesentlichen Teil beitragen. Andere Bundesländer, wie zum Beispiel der Freistaat Thüringen, haben die Zahl der Schulsozialarbeiter in letzter Zeit stark aufgestockt. Diese Länder sollten als Vorbild für den Freistaat Sachsen im Bereich der Schulsozialarbeit dienen.

IST-Stand

Momentan erlebt man an vielen sächsischen Schulen eine unzureichende soziale Begleitung von Schülerinnen und Schülern. Oft stehen nur Beratungslehrer als vertrauensvolle Ansprechpartner an den Schulen zur Verfügung. Sie versuchen zwar in den meisten Fällen nach bestem Wissen und Gewissen die Schüler zu unterstützen, sind jedoch auch gleichzeitig Lehrkraft der Schule und dadurch subjektiv geprägt und haben besonders in Zeiten des Lehrermangels zu wenig Zeit, sich um die vielfältigen Problemstellungen der Schülerschaft zu kümmern. Zudem sollten Versuche und Projekte, die dazu dienen, das Schulklima zu verbessern, eher von externen und dazu befähigten Menschen geschehen, da die Lehrerschaft oftmals Teil der innerschulischen Spannungen ist. Auch die Eltern können nicht immer angemessen auf Probleme des Kindes reagieren oder erkennen diese oft nicht. Schulsozialarbeiter werden nur an wenigen Schulen eingesetzt und sind in vielen Fällen nicht permanent ansprechbar. An Schulen, die durch Schulsozialarbeiter unterstützt werden, ist die Bedeutung und der Aufgabenbereich der Schulsozialarbeit oft nicht genau geklärt. Die Lehrer, die neben der Wissensvermittlung auch einen pädagogischen Auftrag haben, sind meistens überlastet und besitzen zum Teil eine unzureichende Qualifikation im Bereich der Schulsozialarbeit.

Ansatzpunkte von Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit kann an vielen Punkten ansetzen. Sie stellt in erster Linie Hilfe bei Problemen von Schülerinnen und Schülern wie Mobbing, Leistungsdruck, Suizidgedanken, ADHS, Vergewaltigungen, Vorurteilen, Diskriminierung, Ausgrenzung, Schulangst, Drogenproblemen oder schwierigen familiären Verhältnissen dar. Außerdem können Schulsozialarbeiter Präventions- und Aufklärungsarbeit betreiben, Schulprojekte anschieben, die Schulidentität und das Gemeinschaftsgefühl der Schülerschaft stärken sowie bei der

Vermittlung von sozialen Kompetenzen unterstützend tätig werden. Schulsozialarbeiter sind unverzichtbar bei der Umsetzung von Inklusion. Sie unterstützen die Lehrerschaft bei der pädagogischen Begleitung der Schüler und des Schullebens.

Forderungen

Der LandesSchülerRat Sachsen fordert, bis zum Jahr 2020 eine flächendeckende Schulsozialarbeit an den sächsischen Schulen zu etablieren. Jede Schule soll über einen Schulsozialarbeiter verfügen, der mindestens 50% der Schulzeit an der Schule anwesend ist. Dabei müssen die Schularten Grundschule, Mittelschule, Förderschule, Gymnasien sowie an Berufsschulzentren berücksichtigt werden.

Es muss aus unserer Sicht eine klare gesetzliche Regelung für die Zuständigkeit geben. Die Kompetenz soll beim Staatsministerium für Kultus liegen, da Schulsozialarbeit direkt mit anderen Bereichen der Schule abgestimmt werden muss. Auch die Finanzierung muss geklärt und auf stabile Füße gestellt werden. Ein Zusammenwirken zwischen Kommunen, Landkreisen, Freistaat und Bund ist dafür unerlässlich. Die Kommune allein kann die Ausgaben für Schulsozialarbeit nicht stemmen.

Des Weiteren ist eine gute Ausbildung und Qualifikation der Schulsozialarbeiter nötig. Der Bedarf an Schulsozialarbeitern muss durch ausreichende Kapazitäten an den Hochschulen in Sachsen gedeckt werden.

Die Schulsozialarbeit an den Schulen darf nicht von Lehrerkollegium und Schulleitung abhängig sein. Eine ständige Ansprechbarkeit der Schulsozialarbeiter an den Schulen ist dringend erforderlich, ebenso wie Räumlichkeiten, die eigens für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Schulsozialarbeiter müssen sich durch offensive Arbeit auszeichnen, dürfen sich jedoch auch nicht den Schülern und Klassen aufdrängen. Eine Beeinflussung der Schülerratsarbeit durch Schulsozialarbeiter soll nicht geschehen. Bei Bedarf sollen Klassenleiterstunden von Schulsozialarbeitern begleitet werden, um Problemlagen aufzudecken und direkt Unterstützung leisten zu können. Eine Zusammenarbeit mit den Streitschlichtern der Schule ist sinnvoll. Auch die Betreuung eines Schulclubs ist möglich. Die Schulsozialarbeiter müssen in enger Zusammenarbeit mit Schulpsychologen und anderen externen Partnern stehen.

Der Schulsozialarbeiter ist Vertrauensperson der Schülerschaft. Aus diesem Grund muss er auf die Individualität der Schulen und deren Schülerschaft abgestimmt sein. Die Schulkonferenz soll ein Vetorecht bei der Einstellung des Schulsozialarbeiters der Schule haben.

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A17	Antrag		
	Religionsunterricht zeitgemäß gestalten!		
	Landkreis: KSR Bautzen	Antragsteller: Lucy Demers	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 18	Dagegen: 22	Enthaltung: 9
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>§ 20 SchulG wie folgend zu ändern: Bis zur 8. Klasse findet der Religionsunterricht aller Religionsgemeinschaften zusammen mit dem Ethikunterricht als Moral- und Glaubenskunde statt. Mit Eintritt in die 8. Klasse kann der Schüler frei zwischen Ethik und Religion wählen. Der Religionskundeunterricht ist im humanistischen Sinne als ein kollektiver Austausch zwischen den Religionsgemeinschaften zu gestalten. Bietet es die Zahl der Schüler an, so können ab der 8. Klasse Kurse für je eine Religionsgemeinschaft geschaffen werden. Andernfalls werden die Schüler in einem Kurs unterrichtet.</p> <p>Begründung:</p> <p>Leider viel zu oft hört man von Mitschülern, dass sie eigentlich viel lieber in Religion bzw. Ethik gegangen wären, jedoch ihre Eltern damals die Entscheidung für sie getroffen haben. Oder wie häufig hört man, dass man sich gerne viel intensiver mit anderen Religionen auseinandergesetzt hätte? Es ist wichtig, sich erst einmal einen Überblick über Religionen zu machen, damit man dann in der 9. Klasse selbstständig entscheiden kann, ob man weiter in Ethik oder Religion unterrichtet werden möchte. Zum einen wird an sächsischen Schulen nur die christliche Religion gelehrt, was eine Ungleichberechtigung gegenüber anderen Religionsgemeinschaften ist, und zum anderen wird dadurch nicht die laut Verfassung festgeschriebene Trennung von Kirche und Staat vollzogen. Bis zur 9. Klasse werden alle Schülerinnen und Schüler zusammen in Religionskunde unterrichtet. In dieses Fach setzt sich etwa 50/50 aus Ethik und Religion zusammen, betrachtet man alle Weltreligionen, denkt aber auch kritisch über die Gesellschaft nach.</p> <p>Weitere Begründung erfolgt mündlich.</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A18</h1>	Antrag		
	Politische Bildung durch die Bundeswehr in der Schule		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 29	Dagegen: 7	Enthaltung: 9
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen akzeptiert die Bundeswehr als Teil der politischen Bildung durch die Jugendoffiziere in den Schulen. Die Jugendoffiziere tragen zur politischen Bildung und zum streitbaren Meinungsdiskurs in der Schule bei. Wir fordern, dass sich die Schulen auch für weitere Partner öffnen. Zum Beispiel die Friedensbewegung. Wir empfehlen jedem Lehrer, der im Rahmen des Unterrichts oder der Schulzeit Projekte mit Jugendoffizieren durchführt, auch Vertreter der Friedensbewegung einzuladen.</p> <p>Schüler welche aus Überzeugungen z.B. religiös, oder aufgrund des Gewissens nicht an derartigen Veranstaltung teilnehmen wollen, sind auf Antrag frei zustellen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Derzeit gibt es ein Exklusivrecht der Bundeswehr als Partner der politischen Bildung in Schulen. Andere Gruppierungen und Interessen sollen auch gestärkt werden (Gleichbehandlung) Der Wille der Schüler muss im Mittelpunkt stehen.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A19	Antrag Auflösen des Ausschusses „Lernmitteldatenbank“		
	Antragsteller: Landesvorstand		
Abstimmungsergebnis	Dafür: 45	Dagegen: 0	Enthaltung: 0
Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen: Der Ausschuss „Lernmitteldatenbank“ wird aufgelöst. Beschlusstext: Aufgrund der schwierigen Konsensfindung bei diesem Thema strebt der Landesvorstand die Auflösung des Ausschusses „Lernmitteldatenbank“ an, denn die Meinung zu diesem Thema beruht lediglich auf Vorlieben der einzelnen Personen, anstatt auf empirischen Fakten. Begründung: Erfolgt mündlich			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A20</h1>	Antrag		
	Auflösung des Ausschusses „Gemeinschaftsschule und Längeres Gemeinsames Lernen“		
Antragsteller: Landesvorstand			
Abstimmungsergebnis	Dafür: 49	Dagegen: 0	Enthaltung: 0
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Ausschuss „Gemeinschaftsschule und Längeres Gemeinsames Lernen“ soll mit Beschluss der LDK aufgelöst werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der Komplexität ist es sehr schwer das Thema näher zu eruieren, denn es kann kein Konsens gefunden werden, da das Favorisieren dieser Schularten eher auf subjektiver Wahrnehmung beruht, anstatt auf Fakten, die ein klares pro und contra zulassen würden.</p> <p>Weitere Begründung erfolgt mündlich.</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A21</h1>	Antrag		
	Weiterentwicklung der Ganztagsangebote- offene Ganztagschule		
	Antragsteller: Landesvorstand		
Abstimmungsergebnis	Dafür: 49	Dagegen: 0	Enthaltung: 2
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich für die Stärkung und Weiterentwicklung der Ganztagsangebote an Sachsens Schulen ein. Schule ist nicht nur ein Lehrraum, sondern auch Lebensraum. Oft ist Schule aus Sicht der Schüler negativ belastet, da es nur mit dem Unterrichten von Fächer verbunden wird. Ergänzende Angebote, welche das Wissen verknüpfen und Projektarbeit ermöglichen sind unzureichend vorhanden.</p> <p>Derzeit werden die Ganztagsangebote im Nachmittagsbereich der Schulen angeboten, wodurch eine klare Trennung zwischen Unterricht und Ganztagsangebot deutlich wird. Eine Rhythmisierung der Ganztagsangebote ist derzeit theoretisch möglich, wird in der Praxis aber nicht umgesetzt. Die Ganztagsangebote müssen ausgebaut und qualitativ aufgewertet werden. Des Weiteren muss eine regelmäßige Evaluation durch die Schulen stattfinden.</p> <p>Deshalb fordert der Landesschülerrat Sachsen die Einführung von Modellschulen, zur Weiterentwicklung der Ganztagsangebote als Unterrichtsergänzung zu einer Ganztagschule. Zur Teilnahme an einem Modellversuch ist die Zustimmung der jeweiligen Schulkonferenz nötig.</p> <p>Eine Ganztagschule bietet vielfältige Angebote für die Freizeitgestaltung (zum Beispiel Arbeitsgemeinschaften, musikalische Ausbildung, Theater, Schülerzeitung, Sport, Schülerfirmen).</p> <p>Schülerinnen und Schüler können ihre individuellen Interessen in die Gestaltung von Projekten einbringen und diese gemeinsam umsetzen.</p> <p>Ganztagschulen fördern das eigenständige Arbeiten und legen einen Schwerpunkt auf persönliche Interessen, da es weit weniger Vorgaben gibt, als im Unterricht.</p> <p>Auch Hausaufgabenhilfe und Förderangebote für leistungsstarke und leistungsschwache Schüler kann im Rahmen der Ganztagschule garantiert werden.</p> <p>Hierfür müssen zweckmäßige Räume für die sinnvolle Nutzung bereitgestellt werden.</p>			

Für die Realisierung von Modellversuchen der Ganztagschule und die Stärkung der Ganztagsangebote bedarf es der Bereitstellung der finanziellen Kapazitäten. In einer Ganztagschule müssen, anders als in den Ganztagsangeboten auch Lehrerressourcen verbindlich zur Verfügung stehen.

Des Weiteren müssen die Fahrtzeiten des Öffentlichen Nahverkehrs an die Bedürfnisse der Schüler angepasst werden.

Ziel sollte es möglichst ein vielfältiges Angebot im Rahmen der Ganztagschule anzubieten. Allerdings kann eine Schule nicht alle Wünsche befriedigen, darum muss gewährleistet werden, dass Schülerinnen und Schüler ihren außerschulischen Aktivitäten nachkommen können. Hier muss gemeinsam mit der Schule eine Lösung gefunden werden.

Gemeinsame Konzepte können auch von mehreren Schulen gemeinsam durchgeführt werden.

Begründung:

Eine stärkere Rhythmisierung kann nur mit einer Ganztagschule erreicht werden.

(weiteres mündlich)

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A22	Antrag		
	Integration der freien Schulen in die Schülervertretung		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 50	Dagegen: 0	Enthaltung: 1
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der LSR Sachsen spricht sich für eine grundsätzliche Umstrukturierung des Schulgesetzes aus. Es sollte ein allgemeines Schulgesetz für alle Schulen in Sachsen geben, welches auch die Schüler- und Elternvertretungsarbeit beinhaltet und zusätzlich jeweils ein ergänzendes Gesetz für freie und staatliche Schulen. (§3 SchulG)</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich für die Integration der Schülervertreter der freien Schulen in das Schülervertretungssystem der öffentlichen Schulen ein. Schüler der freien Schulen sollen gleichberechtigt neben Schülern der öffentlichen Schulen wählbar sein. Vertreter der freien Schulen sind, sowohl im Kreisschülerrat, als auch im Landesschülerrat wählbar. Der Anteil der öffentlichen Schulen, zu den freien Schulen, sollte in dem jeweiligen Vorstand abgebildet werden. Hierfür wird der Landesvorstand im Falle einer festen, gesetzlichen Integration beauftragt, mit dem Staatsministerium für Kultus einen Verteilungsschlüssel zu erarbeiten, welcher sich an der Schüler- oder Schulanzahl orientieren kann. Entsprechende Verordnungen sind zu ändern.</p> <p>Begründung:</p> <p>Schüler von freien Schulen, sind genauso Schüler, wie von staatlichen Schulen. Auch für sie bedarf es eine Interessenvertretung. Parallelstrukturen sind nicht zielführend.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A23	Antrag		
	Leistungsorientierte Bezahlung von Lehrkräften		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 7	Dagegen: 29	Enthaltung: 10
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen soll sich für eine leistungsorientierte Bezahlung (LOB) von Lehrkräften in Form von Prämien für engagierte Lehrer einsetzen.</p> <p>Ziel ist es, vor allem der Schulkonferenz die Möglichkeit zu geben, engagierte Lehrer, welche sich überdurchschnittlich engagieren und arbeiten, eine Prämie zu zahlen. Dies kann zum Beispiel Engagement im Bereich BO/StO sein oder als Vertrauenslehrer. Dadurch sollen Lehrerinnen und Lehrer, welche sich besonders für die Entwicklung der Schule eingesetzt haben in ihrer Arbeit wertgeschätzt werden.</p> <p>Finanziert werden soll dieser Topf, durch 1% des monatlichen Gehalts der Lehrkräfte, welches in einen Schultopf eingezahlt werden soll. Die 1% sollen nicht den Lehrer abgezogen werden, sondern mit der nächsten Lohnerhöhung verrechnet werden. Die Entscheidung über die Vergabe der Prämien trifft die Schulkonferenz. Diese soll erst am Schuljahresende ausgezahlt werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die leistungsorientierte Bezahlung wird in zahlreichen Bundesländern wie NRW oder Bayern bereits für die Angestellten des öffentlichen Dienstes praktiziert. Es lässt sich auch auf den Lehrerbereich ummünzen. Ziel ist es Engagement zu fördern und engagierten Lehrer eine Aufwandsentschädigung und Wertschätzung zu geben.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A24	Antrag		
	Einsatz von gemeinfreien Lernmitteln		
	Landkreis: KSR Chemnitz	Antragsteller: Jonas Fischer	
Abstimmungsergebnis	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Ab dem Schuljahr 2015/16 sollen in Sachsen nur noch gemeinfreie Schulbücher und Arbeitshefte angeschafft werden, deren Inhalte für jeden Bürger über ein Webportal abgerufen werden können. Entsprechende Verträge über die Finanzierung der Erstellung der Inhalte müssen mit den Verlagen geschlossen werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Um das Urteil zur Lernmittelfreiheit endgültig umzusetzen, müssen Kosten für Lehrbücher und Arbeitshefte möglichst gering gehalten bzw. der Zugang zu diesen Inhalten erleichtert werden. Im Sinne des <i>Open Learning</i> ist ein Zurückgreifen auf die vielfältigen <i>Creative-Commons</i>-Lizenzen ein logischer Schritt.</p> <p>(weiteres mündlich)</p> <p><i>Verwiesen in den Ausschuss Lernmittelfreiheit.</i></p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A25	Antrag		
	Deutsch-deutsche Geschichte im Unterricht		
	Landkreis: KSR Bautzen	Antragsteller: Lucy Demers	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 21	Dagegen: 12	Enthaltung: 17
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen möge sich für eine Überarbeitung der Lehrpläne in Geschichte einsetzen und dabei vor allem einen Fokus auf die deutsch-deutsche Geschichte legen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Immer wieder stößt man in Diskussionen auf den Lehrplaninhalt „deutsch - deutsche Geschichte“ im Unterricht. Häufig wird dabei angemerkt, dass das Verständnis und das Wissen über die Geschichte ab dem Jahre 1945 bei Schülern enorm dürftig sind.</p> <p><u>Geschichte als Mittel zur Demokratieerziehung</u></p> <p>Unter dem Ansatz Geschichte neu erleben, bietet das Thema der deutsch – deutschen Geschichte eine Möglichkeit, Schüler für unsere zeitnahe Geschichte zu motivieren. Der Geschichtsunterricht sollte nicht aus reinem Lernen der Daten und Fakten bestehen, sondern ein Weg sein, sich mit Geschichte auseinanderzusetzen, sie zu verstehen und aus ihr zu lernen.</p> <p><u>Geschichte als Motivation für Demokratie</u></p> <p>Gerade der Prozess der deutschen Geschichte bis hin zu unserem heutigen Demokratiesystem muss verstanden und nachempfunden werden, um diese Form der Demokratie zu würdigen und vor allem, um sie zu leben.</p> <p>Gerade heute bietet der Rückgriff auf Zeitzeugen, externe Partner und das gesellschaftliche Umfeld Möglichkeiten für den Geschichtsunterricht, die sonst nur noch selten vorkommen. Es liegt in der Verantwortung von Politik und Gesellschaft, diese Entwicklung zu fokussieren und für eine konzeptionell pädagogische Ausgestaltung Sorge zu tragen. Es ist wichtig, dass alle Partner in den Prozess mit einbezogen werden und aktiv partizipieren.</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A26	Antrag		
	Stipendien für Schüler		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 43	Dagegen: 0	Enthaltung: 2
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat spricht sich für die Förderung von Stipendien für Schüler aus. Stipendien sollen ein breites Themen- und Zielgruppenangebot abdecken. Diese können Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund besonders fördern und ihre Integration erleichtern. Andererseits können Schüler, welche bestimmte Stärken in bestimmten Fächern haben, besonders gefördert werden. Schülerstipendien sollten vorwiegend der Weiterbildung und Weiterqualifizierung dienen. Sie sollten sich nicht nur an leistungsstarke Schüler richten.</p> <p>Begründung:</p> <p>Förderung von den Interessen von Schülern wird gestärkt. Außerschulische Weiterbildung und Qualifizierung von Schülern.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A27

Antrag

Feedbackkultur

Antragsteller:
Landesvorstand

Abstimmungsergebnis

Dafür: 42

Dagegen: 1

Enthaltung: 2

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Beschlusstext:

Feedbackkultur

Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich für eine regelmäßige, konstruktive Feedbackkultur an der Schule zwischen allen an Schule teilhabenden Menschen ein. (Lehrer, Eltern, Schulleitung, Schüler).

Lernzielleistungsgespräche

Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich für ein Lernzielleistungsgespräch zwischen Schülern und dem zuständigen Fachlehrern bei Bedarf ein. In diesem Gespräch werden die Wünsche und Ziele des Schülers erörtert und mit dem zuständigen Fachlehrer besprochen. Durch diese Informationen kann der Lehrer individueller auf die Wünsche der Schüler eingehen und diese besser fördern und fordern. Diese Maßnahme verbessert die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern und trägt zu einer konstruktiven Lernatmosphäre bei.

Darüber hinaus kann jeder Schüler ein schriftliches Feedback, welches vom Klassenlehrer mit Hilfe von Gesprächen mit allen Fachlehrern erstellt wird, erhalten.

Auszeichnungen für Lehrer

Des Weiteren empfiehlt der Landesschülerrat Sachsen allen Schülerräten in Sachsen einmal im Jahr einen Preis für engagierte Lehrerinnen und Lehrer auszurufen. Ausgezeichnet sollten die Lehrer werden, welche aus Schülersicht am meisten für die Interessen der Schüler eingesetzt haben.

Darüber hinaus soll der Vorstand des Landesvorstandes prüfen inwieweit eine Imitierung eines Lehrerpreises auf Landesebene in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Kultus und den Lehrerverbänden und der Gewerkschaft möglich ist.

Begründung:

Feedback schärft die Selbst- und Fremdwahrnehmung und fördert die Reflexionsfähigkeit.

(weiteres mündlich)

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A28	Antrag		
	Fordern und Fördern – Sitzenbleiben beibehalten und die Förderung verbessern		
Antragsteller: Landesvorstand			
Abstimmungsergebnis	Dafür: 44	Dagegen: 0	Enthaltung: 4
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat Sachsen spricht sich für das Beibehalten des Sitzenbleibens aus. Wir fordern im Vorfeld eine verbesserte Betreuung und Förderung. Nachhilfeangebote und regelmäßige Gespräche mit Schülern verringern die Zahl der Sitzenbleiber. Bei Sitzenbleibern muss die Integration in eine neue Klasse unterstützt werden. Der Landesschülerrat setzt sich dafür ein, dass das Sitzenbleiben eine zweite Chance für Schüler ist.</p> <p>Begründung:</p> <p>Oft braucht es bestimmte Situationen, um sich anzustrengen und inneren Druck aufzubauen. (Siehe auch: Lehrer gibt eine Aufgabe auf für in 2 Wochen. 90% der Schüler machen diese in den letzten beiden Tagen). Oft ist das Androhen des Sitzenbleibens auch der Punkt, sich mit sich selbst auseinander zu setzen. Oft spielt hier auch das Thema Schulwechsel eine Rolle. Es führt auch zu Gerechtigkeit gegenüber leistungswilligen und starken Schülern.</p> <p>(weiteres mündlich)</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

<h1>A29</h1>	Antrag Einführung einer Lehrereinschätzung		
	Landkreis: SSOE	Antragsteller: Nick Graupner	
Abstimmungsergebnis	Dafür: 32	Dagegen: 6	Enthaltung: 11
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Die Landesdelegiertenkonferenz setzt sich für eine freiwillige, halbjährliche, schriftliche Klasseneinschätzung des Lehrers mit Hilfe eines Fragebogens von seinen unterrichteten Schülern ein. Die Schüler sollen, wie auch der Lehrer, auf dem Zeugnis, die Möglichkeit haben einen Lehrer schriftlich einzuschätzen.</p> <p>Diese Einschätzung soll von dem eingeschätzten Lehrer durchgelesen werden. Sie sollen zur Verbesserung des Unterrichtsklimas und –ablaufes dienen, sowie zu deren Gestaltung und Ausschmückung mit zusätzlichen Informationen und Veranstaltungen beitragen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Auf dem Zeugnis eines Schülers hat der Klassenleiter die Möglichkeit den Schüler schriftlich einzuschätzen. Diese Einschätzung soll, auch wenn sie auf Grund der geringen zur Verfügung stehenden Zeilen immer etwas knapp ausfällt, dem Schüler seine Stärken und Schwächen zeigen. Diese Möglichkeit sollte auch dem Schüler gegeben werden. Die Schüler haben oft nicht den Mut dem unterrichtenden Lehrer zu sagen, was ihnen am Unterricht überhaupt nicht gefällt. Natürlich kann man nicht schreiben, dass man die Hausaufgaben ‚doof‘ findet, aber er kann schreiben, dass die Menge, an aufgegeben Hausaufgaben die Schüler überfordert, oder dass der Lehrer die modernen Medien mehr in den Unterricht einbinden sollte.</p> <p>In dieser Einschätzung sollten aber nicht nur negative, sondern auch positive Aspekte stehen, um dem Lehrer zu zeigen, was er bereits sehr gut macht.</p> <p>Nicht nur die Schüler lernen von den Lehrern, sondern die Lehrer können auch von den Schülern lernen, wie man sie besser lehrt.</p> <p>Weitere Begründung mündlich</p>			

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A30

Antrag

Verpflichtende Weiterbildungen von Lehrkräften

Antragsteller:
Landesvorstand

Abstimmungsergebnis

Dafür: 42

Dagegen: 0

Enthaltung: 3

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Beschlusstext:

Der Landesschülerrat Sachsen setzt sich für verpflichtende Weiterbildungen der Lehrkräfte in Sachsen ein. Die Weiterbildungen können zum Beispiel Bildungsfahrten, Seminare, Workshops oder Lehrerpraktika sein. Die Weiterbildungen sollten in der Regel in den Ferien absolviert werden, eine Weiterbildung in der Schulzeit soll nur gestattet werden, wenn dadurch kein Unterricht ausfällt.

Des Weiteren ist es das Ziel, Lehrer freiwillig für Weiterbildungen und Weiterqualifikationen zu motivieren. Lebenslanges Lernen gilt auch für Lehrer.

Begründung:

Weiterbildungen können zu einem modernen, praxisnahen Unterricht führen. In fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes gibt es verpflichtende Weiterbildungen, nur bei Lehrern nicht.

(weiteres mündlich)

37. Landesdelegiertenkonferenz
vom 21. bis 23.06.13

A31	Antrag		
	Verstärkte Medienbildung und Informatikunterricht		
	Landkreis: KSR Meißen	Antragsteller: Konrad Degen	
Abstimmungsergebnis	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:
<p>Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:</p> <p>Beschlusstext:</p> <p>Der Landesschülerrat setzt sich für eine verstärkte Medienbildung in der Schule ein. Die Medienbildung muss bereits in Klasse 5 und 6 ansetzen. Besondere Schwerpunkte müssen auf die Risiken, Gefahren bei der Nutzung des Internets und sozialen Netzwerken gelegt werden. Wichtig ist hierbei pädagogische, didaktische Formate zu finden, welche dem Schüler die Auswirkungen des Nutzens nahe bringen, da Frontalunterricht nicht zielführend ist.</p> <p>Aus dem 21. Jahrhundert ist das Internet nicht mehr wegzudenken. Der Landesschülerrat Sachsen soll sich für eine Stärkung und Ausweitung des Informatikunterrichts in allen weiterführenden Schularten einsetzen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Nur weil junge Menschen mit dem Internet aufwachsen, heißt es nicht, dass sie damit umgehen können.</p> <p>(weiteres mündlich)</p> <p style="color: red;">Zurückgezogen</p>			